

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu dem Antrag^{*)}

**der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP
– Drucksache 17/4709 (Geänderte Fassung)**

Baden-Württembergs Beitrag zur Integration der Westbalkanstaaten in die Europäische Union

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

I. festzustellen,

1. dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Bedeutung der festen europäischen Partnerschaft mit der Ukraine, der Republik Moldau und den Staaten des Westbalkans verdeutlicht hat;
2. dass der Landtag das uneingeschränkte und klare Bekenntnis der Europäischen Union (EU) zur Perspektive einer EU-Mitgliedschaft des Westbalkans, welches der Europäische Rat am 24. Juni 2022 in seinen Schlussfolgerungen erneut geäußert hat, begrüßt, und gleichzeitig auf die von der EU-Kommission in ihrer Kommunikation „Mitteilung 2022 über die Erweiterungspolitik der Union“ aufgelisteten Reformbedarfe hinweist;
3. dass auf Reformfortschritten insbesondere zur Stärkung demokratischer Institutionen, zur Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte sowie zur Verringerung des wirtschaftlichen Gefälles im Sinne der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien richtigerweise ein besonderes Augenmerk im Beitrittsprozess zur EU liegt;
4. dass die traditionell überdurchschnittlich hohe Zustimmungsraten zur EU-Mitgliedschaft in den Staaten des Westbalkans langfristig aufrechtzuerhalten ist, und daher eine weitere Unterstützung der EU-Beitrittsperspektive von großer Bedeutung ist;

^{*)} Antrag gemäß § 26 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtags. Der Abgeordneten Antrag wurde zu einem Fraktionsantrag aufgewertet.

5. dass er die jüngste Entscheidung des Europäischen Rates zur offiziellen Verleihung des Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina vom 15. Dezember 2022 sowie die Abhaltung von jeweils ersten EU-Beitrittskonferenzen mit Nordmazedonien und Albanien am 19. Juli 2022 vor diesem Hintergrund als wichtige Signale des Fortschritts im EU-Integrationsprozess der Staaten des Westbalkans begrüßt;
6. dass er die Möglichkeit von Integrationszwischenritten betont, die auf dem Weg hin zur vollen EU-Mitgliedschaft auch eine vertrauens- und solidaritätsfördernde Rolle spielen können und für deren Realisierung interregionale Kooperationsformate ein überaus wirksames Instrument sein können;
7. dass sich Baden-Württemberg als Vorreiter bei der überregionalen Kooperation im Rahmen der EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR) als Partner und Unterstützer der EU-Perspektive der Staaten des Westbalkans positioniert hat;
8. dass er Baden-Württembergs Engagement im Rahmen der EUSDR ausdrücklich begrüßt und die dort erzielten Erfolge im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des partnerschaftlichen Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Stärkung von politischer Jugendbeteiligung und der Zivilgesellschaft als wichtigen Beitrag auch zur nachhaltigen Entwicklung des Donaaraums würdigt;
9. dass sich die im Rahmen der EUSDR gewachsenen Strukturen und Partnerschaften auch in der unmittelbaren Notsituation des Angriffskrieges gegen die Ukraine bewähren, da über ebendiese schnelle Hilfe und Unterstützung organisiert werden können;
10. dass zwischen Baden-Württemberg und den Staaten des Westbalkans vielfältige bilaterale Beziehungen bestehen, die die multilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der EUSDR ergänzen und anhand derer zusätzlich zahlreiche erfolgreiche Projekte beispielsweise in den Bereichen Berufsbildung und Kriminalitätsprävention umgesetzt werden konnten;
11. dass Baden-Württemberg positive Erfahrungen mit der Abhaltung von gemischten Regierungskommissionen in Osteuropa gesammelt hat, um die heutigen EU-Mitgliedstaaten Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Kroatien auf ihrem Weg in die EU zu unterstützen und dass er die Bedeutung dieses Instruments für den Westbalkan-Raum hervorhebt;
12. dass mit der Autonomen Provinz Vojvodina in Serbien eine vorbildhafte regionale Partnerschaft besteht, die Baden-Württemberg nicht nur auf Verwaltungs- und Regierungsebene, sondern auch auf parlamentarischer Ebene eng mit den serbischen Partnern verbindet, und dass er seine diesbezüglichen Aktivitäten nach pandemiebedingter Pause seit 2022 wieder intensiviert;
13. dass der Landtag die Wichtigkeit von bestehenden Partnerschaften zwischen Kommunen in Baden-Württemberg und im Westbalkan als Baustein für nachhaltige und lokal verankerte Verbindungen betont, die es landesseitig weiter auszubauen und zu unterstützen gilt;
14. dass der Landtag den in Baden-Württemberg ansässigen Diaspora-Gemeinschaften mit Bezug zum Westbalkan für ihren wichtigen Beitrag und kontinuierlichen Einsatz für die Vertiefung der Beziehungen und Initiierung von Partnerschaftsprojekten dankt und diese weiterhin nach Möglichkeit miteinbezieht;
15. dass der Landtag die Bedeutung des Engagements der demokratischen politischen Stiftungen Deutschlands in den Staaten des Westbalkans für die Erfüllung der Beitrittsbedingungen und zur Stärkung des gesellschaftlichen Dialogs sowie der demokratischen Institutionen anerkennt;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. ihre Unterstützung für die Staaten des Westbalkans auf deren europäischem Weg im Rahmen von partnerschaftlicher Zusammenarbeit in bilateraler und multilateraler Form fortzusetzen und sich dabei für eine Stärkung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Austauschs einzusetzen;
2. zu prüfen, inwieweit die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und den Staaten des Westbalkans weiter ausgebaut werden kann – auch, um die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der europäischen Wirtschaft zu stärken;
3. zu prüfen, inwiefern die Zusammenarbeit mit Akteuren im Bereich der Justiz, beispielsweise in Form von Austauschprogrammen für Richterinnen und Richter, intensiviert werden kann, um die Staaten des Westbalkans bei der Umsetzung des EU-acquis zu unterstützen;
4. auf europäischer Ebene verstärkt für regionale Kooperationen im EU-Integrationsprozess von Beitrittskandidatenstaaten zu werben, insbesondere, aber nicht nur in Vorbereitung auf eine EU-Mitgliedschaft;
5. auf europäischer Ebene für eine umfangreichere Unterstützung zur Schaffung von Zukunfts- und Berufsperspektiven junger Menschen im Westbalkan durch die EU zu werben, um Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken und gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftspotenziale zu erhalten;
6. zu prüfen, wie etwaigen Tendenzen zur gesellschaftlichen Polarisierung und nationalistischen Radikalisierung im Westbalkan-Raum entgegengewirkt werden kann, etwa durch Projekte zur Aufarbeitung der Traumatisierungen und Kriegsfolgen, zu Frieden und Versöhnung in und zwischen den Bevölkerungs- und Religionsgruppen.

10.5.2023

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet gemäß § 26 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtags öffentlich den Antrag des Abg. Josef Frey u. a. GRÜNE, der Abg. Sabine Hartmann-Müller u. a. CDU, des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD und der Abg. Alena Trauschel u. a. FDP/DVP, Drucksache 17/4709, in seiner 21. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 10. Mai 2023.

Vorsitzender Willi Stächele: Lieber Herr Sarrazin, seien Sie herzlich willkommen in dieser Runde.

Herr Sarrazin: Moin, moin.

Vorsitzender Willi Stächele: Wir sind in Stuttgart und grüßen Berlin.

Herr Sarrazin: Genau, ich bin gerade in Berlin.

Vorsitzender Willi Stächele: Wunderbar. Wir sind Ihnen sehr dankbar, dass Sie uns die Gelegenheit des Gesprächs geben. Hier an Bord sind Herr Staatssekretär Hassler und der Europaausschuss des Landtags für Baden-Württemberg.

Wir befassen uns stark mit dem Thema „Balkan, Westbalkan“ und waren dort auch schon unterwegs. Wir sind im Moment auch dabei, einen entsprechenden Antrag in den Landtag von Baden-Württemberg einzubringen.

Jetzt die Fragen: Könnten Sie uns kurz etwas zum aktuellen Stand sagen? Inwiefern können wir uns als Land in die wertvollen Bemühungen einreihen, damit wir das mit dem Westbalkan hinbekommen? Im Moment gibt es ja viele Schlagzeilen zu den Serben. Aber da wissen Sie uns viel profunder zu berichten.

Ich schlage vor, dass Sie uns zunächst kurz berichten und wir Ihnen dann Fragen stellen. Bitte.

Herr Sarrazin: Vielen Dank. Ich muss leider pünktlich um 15:45 Uhr los, weil der Europaausschuss dieses anderen Parlaments, was hier in Berlin sitzt, mich heute auch noch sehen möchte.

Es freut mich sehr. Ich war ja vor einiger Zeit auch mal Mitglied eines Europaausschusses eines Landtags und habe deswegen einen sehr positiven Blick auf das Engagement von Bundesländern, gerade auch in dieser bilateralen Zusammenarbeit. Jetzt muss man sagen: Hamburg ist natürlich die größte Macht der Welt, aber vielleicht ist auf dem Balkan Baden-Württemberg doch noch ein bisschen mehr der Bringer. Erzählen Sie aber nicht in Hamburg, dass ich das gesagt habe. Ich freue mich sehr über Ihr Interesse und die Bereitschaft, etwas zu machen.

Grundsätzlich, glaube ich, kann man sagen, dass wir in dieser Zeit, in diesen Monaten an verschiedenen Stellen an einer ganz entscheidenden Phase der Politik auf dem Westbalkan stehen.

Wir haben im letzten Jahr versucht, der Erweiterungsperspektive in der Region wieder mehr Glaubwürdigkeit zu geben, indem wir konkret versucht haben, kleinere und auch größere Erfolge zu zeitigen. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten u. a. in Kosovo und Serbien – Stichwort „Abkommen von Ohrid“ – sehen, wobei wir eigentlich einen Deal geschlossen haben, jetzt künftig die Normalisierung voranzutreiben, in Nordmazedonien, wo die Verfassungsänderung mit der Ergänzung zum Schutz der bulgarischen Minderheit ansteht, aber auch in Bosnien und Herzegowina, wo wir auf gesamtstaatlicher Ebene, aber auch auf Föderationsebene jetzt erstmals seit acht Jahren wieder eine Regierung mit einem richtigen Mandat haben, wo wir jetzt schauen müssen, dass wir ins Liefere kommen.

Das alles vor dem Hintergrund des russischen Invasionskriegs in der Ukraine, der in der Region einerseits zu einer Art Folie führt, auf deren Hintergrund viele Diskussionen geführt werden, aber aus meiner Sicht noch nicht dazu geführt hat, dass die politischen Akteure in der Region – zumindest in der größeren Breite – jetzt ihre Fahrtabhängigkeiten verändert hätten. Vielmehr warten viele, glaube ich, ab, was passieren wird, wie es ausgehen wird, und versuchen solange auch, ihre verschiedenen Eisen im Feuer zu halten, insbesondere unsere serbischen Freunde.

Vor diesem Hintergrund, glaube ich, ist es extrem wichtig, dass wir erstens klar machen, dass die EU-Perspektive eine realistische Perspektive ist, und dass wir konkrete kleine Fortschritte auf diesem Weg zeitigen können, um den Menschen die Hoffnung wiederzugeben, dass das keine Phrase, sondern eine konkrete Aussicht ist.

Ich weiß, dass das manchmal etwas nach „Glaube, Liebe, Hoffnung“ klingt. Ich sage in der Region aber: Liebe von Deutschland ist für euch auch wichtig. Wenn Deutschland nicht mal mehr „Glaube, Liebe, Hoffnung“ dort macht, dann werdet ihr doch die Hoffnung auch verlieren.

Das Zweite ist, dass wir auch schauen müssen, dass wir ins gegenseitige konkrete Liefere kommen: dass wir in der Region Regierungen haben, die wieder Reformen auf dem EU-Pfad liefern, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern real, und dass die EU dann auch zu ihren Zusagen steht, im Erweiterungsprozess voranzukommen.

Wir haben außerdem die großen ökonomischen Fragen. In der Region ist in den letzten Jahren ein bisschen ein Wettstreit zwischen zwei Modellen der ökonomischen Integration der Region aufgekommen. Ich werde jetzt beide nicht namentlich erwähnen, aber ich glaube, es ist total wichtig, zu sagen: Auf dem Weg in

Richtung EU wollen wir als Bundesrepublik Deutschland zusammen mit unseren europäischen Partnern stärken, dass sich die Region als die Region der sechs, die gleichbehandelt werden, die sich auf Augenhöhe bewegen, Richtung EU bewegt. Das heißt, jetzt eine Situation zu haben, in der neue Spaltpilze in der Region aufgemacht werden, in der neue Zweier-, Dreier- oder Viererformate, je nach Politikbereich, oder auch darüber hinaus gebildet werden, wäre meiner Ansicht nach ein fatales Signal.

Ich glaube, dass Länder wie Baden-Württemberg gerade bei der Frage der wirtschaftlichen Integration wie auch bei der konkreten Frage: „Wie kann man die Behörden, wie kann man die Zivilgesellschaften in den Ländern für den EU-Beitritt fit machen?“, ein gehöriges Wort mitreden können. Ihre Wirtschaft und deswegen zum Teil auch Ihre Politik werden dort schon jetzt sehr ernst genommen. Aber ich glaube, dass der Ansatz – wir haben ja gerade die Donaunraumstrategie thematisiert – „Wir sehen uns als eine Region, wir wollen hier auf Augenhöhe zusammenarbeiten“ dort auf sehr offene Türen treffen wird und man dort auch in ganz konkretes Zusammenarbeiten kommen kann, bei dem Sie ja schon einige Erfahrung haben, nicht nur in der Vojvodina, aber sicherlich auch dort.

Zu Ihrem Punkt: Sicherlich ist Serbien dort ein Dickschiff. Mir ist es ein persönliches Anliegen, dass wir einerseits eine klare Politik gegenüber Serbien fahren. Zur Klarheit gehört aber auch, dass die Menschen in Serbien, dass die Serbinnen und Serben wissen, dass sich Deutschland ebenfalls als wichtigster Freund und Partner des Landes versteht. Partner sind ja manchmal auch ehrlich und offen. Gleichzeitig ist es meiner Ansicht nach so, dass wir nur mit einem Erfolg von Ländern wie Nordmazedonien, vielleicht auch Albanien und sicherlich auch mit einem Fortschreiten von Kosovo auf dem Weg in Richtung EU sozusagen genügend Incentives auf die Politik in Belgrad schaffen werden, diesen Weg auch konsequent in die richtige Richtung weiter voranzutreiben.

Das würde für den Input vielleicht erst einmal reichen. Dann haben wir ein bisschen mehr Zeit, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Willi Stächele: Vielen Dank. – Jetzt möchte der Herr Staatssekretär seitens der Landesregierung ein Statement abgeben. Bitte schön.

Staatssekretär Florian Hassler: Sehr geehrter Herr Sondergesandter, lieber Manuel, vielen Dank erst mal für deinen großen Einsatz und danke auch, dass du dir die Zeit nimmst, heute mit uns zu diskutieren. Ich muss mich jetzt wirklich kurzfassen, weil ich meine Redezeit bei der Donaunraumstrategie hier schon überzogen habe.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist auch nicht so schlimm, weil wir ja im Herbst bei einer gemeinsamen Veranstaltung in Brüssel die Möglichkeit haben, über das Thema „Zusammenarbeit zwischen den Westbalkanstaaten und der EU“ und die Frage: „Wie können wir als Länder die Staaten auf dem Weg zur EU unterstützen?“ zu sprechen. Darauf freue ich mich schon. Sicher werden auch einige Mitglieder des Ausschusses vertreten sein.

Deswegen nur so viel: Du hast einen Punkt in deinen Ausführungen vergessen. Wir haben neben der Donaunraumstrategie, neben unseren Gemischten Regierungskommissionen, die auch ein sehr wirkungsvolles Instrument sind, auch eine sehr enge Verbindung in die Westbalkanstaaten durch die zahlreichen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Wurzeln in der Region haben. Das ist ein wichtiger Teil. So merkt man beispielsweise auf Auslandsreisen in diesen Ländern, wie eng doch die Verbindungen nach Baden-Württemberg sind. Auch deswegen sehen wir uns da als Brückenbauer, sehen wir uns da in der Verantwortung, sehen wir uns da in der Pflicht, mit den Westbalkanstaaten sehr eng zusammenzuarbeiten.

Vielen Dank.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Sonderbeauftragter, lieber Manuel, schön, dass wir hier auch über die Distanz hinweg debattieren oder diskutieren können.

Ich habe beim vorangehenden Tagesordnungspunkt nicht gefragt, wie der Danube Youth Council abstimmen würde, wenn es um die Beitritte z. B. von Serbien und Albanien ginge, wie da das Ranking wäre, wer da zuerst dran wäre oder wie dort die diesbezüglichen Diskussionen geführt werden. Vielleicht können wir dazu später noch etwas hören.

Es scheint, als hätten sowohl der Herr Staatssekretär als auch der Sonderbeauftragte unseren Antrag bereits gelesen. Denn dieser enthält durchaus einige Aspekte, die jetzt schon angesprochen wurden. Ich glaube, es ist wichtig, dass Baden-Württemberg im Rahmen der Donaunraumstrategie, aber auch als starke Region Europas den Erweiterungsprozess konstruktiv begleitet. Es ist wichtig, das Netzwerk, das bereits insbesondere in die Zivilgesellschaft hinein aufgebaut ist, zu nutzen. Wenn man die Kopenhagener Kriterien für den Beitritt zugrunde legt, dann kann man durchaus noch Dinge sehen, die eine Good Governance in diesen Regionen, die beitreten wollen, verbessern würden. Da spielen die Zivilgesellschaften schon eine wichtige Rolle, auch dass sie gut informiert sind, dass sie sich in die Prozesse politisch einbringen und sich für eine gute Governance in den Beitrittsländern im gesamten Donaunraum Gehör verschaffen.

Da wäre die Frage an dich, lieber Manuel: Wie können wir da noch mehr tun? Wie ist dort die Zivilgesellschaft einzuschätzen? Kann man sagen, dass nur die politischen Parteien eine Rolle spielen? Oder spielen da auch andere wichtige Stakeholder wie Kirchen, Vereine oder Gewerkschaften eine Rolle?

Eine zweite Frage – der Green Deal bestimmt im Augenblick die europäische Agenda –: Sind uns da die Beitrittskandidaten voraus, oder müssen diese sich auch verpflichten, da mitzumachen, wenn sie noch nicht so weit wie vielleicht das Durchschnittseuropa sind? Wie sieht dort die Energiewende aus? Das frage ich auch vor dem Hintergrund, dass ich aus meinen Besuchen in Serbien weiß, dass ein russischer Gasverkäufer dort eine relativ große Rolle spielt. Die Frage ist auch, wie es dort um die Dekarbonisierung bestellt ist.

Abg. Sabine Hartmann-Müller CDU: Herr Sarrazin, guten Tag. Ich beschränke mich jetzt auf meine Fragen: Welche notwendigen Reformen stehen in den Staaten im Westbalkan aus Ihrer Sicht im Hinblick auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien an? Wie kann Baden-Württemberg da Unterstützung leisten? Welche Integrationszwischenstufen könnten Sie sich vorstellen, um, wie wir auch auf unserer Reise in den Westbalkan letztes Jahr erfahren haben, die Bindung an die EU aufrechtzuerhalten und zu stärken? Das wären die wesentlichen Fragen.

Abg. Sebastian Cuny SPD: Sehr geehrter Herr Sondergesandter, herzlichen Dank für Ihre einführenden Worte. Die Kollegin hat es schon angesprochen: Wir waren mit dem Ausschuss vor Ort und durften dort – ich würde es, denke ich, auch so nennen – eine EU-Begeisterung in der Bevölkerung erleben. Wir mussten aber auch erleben, dass für die Staaten der Weg in die EU doch noch lang ist. Umso wichtiger ist – Sie haben es auch gesagt –, dass wir auf diesem Weg konkrete Perspektiven aufzeigen.

Wir sollen uns kurzfassen. Deswegen eine Frage seitens der SPD-Landtagsfraktion – Sie haben die Zivilgesellschaft angesprochen –: Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass das Land Baden-Württemberg die Zivilgesellschaft dort stärkt?

An die Landesregierung hätte ich in diesem Zusammenhang auch eine Frage. Wir hatten im Ausschuss die Idee einer Kooperation oder Partnerschaft mit der Musikschule Mostar entwickelt. Gab es da schon Gespräche?

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Sondergesandter, erst einmal vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, um mit uns hier im Ausschuss zu sprechen.

Meine Frage bezieht sich vor allem auf die Unruhen, die jetzt durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine – natürlich auch in der Region des Westbalkans –

entstanden sind. Wie schätzen Sie die aktuelle Gefahrenlage ein, auch was das Aufflammen von potenziellen Konflikten in der Region selbst angeht, und inwiefern können die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland dort im Zweifel auch vermittelnd tätig werden?

Danke schön.

Abg. Emil Sänze AfD: Auch von unserer Seite vielen Dank, Herr Sarrazin, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Ich rekurriere auf Artikel 2 des EU-Vertrags in der konsolidierten Fassung. Die Frage lautet einfach: Wie viele der sieben aufgestellten Kriterien erfüllen diese Kandidaten?

Herr Sarrazin: Vielen Dank. Ich versuche, auf die Fragen kurz, kompakt und trotzdem vollumfänglich zu antworten. Ich würde Sie, Herr Vorsitzender, bitten, da gern nachzufassen, wenn es entweder nicht kurz genug oder nicht vollumfänglich genug oder beides ist.

Zunächst möchte ich eine Bemerkung zur Diaspora machen. Ich glaube, dass das ein nicht zu unterschätzender Teil ist. Wir machen uns auch Gedanken darüber, wie man in einem konstruktiven Austausch auch die Diaspora nutzen kann, die in dieser kleinen Region von Land zu Land aber auch sehr unterschiedlich ist. Tatsächlich ist Baden-Württemberg dort ein wichtiger Hotspot der organisierten Diaspora. Deswegen ist das, glaube ich, auch ein Pfad, den Sie vielleicht aufnehmen könnten, dass Sie vor Ort ins Gespräch gehen und dabei natürlich auch genau schauen: Wer kommt woher, und wer passt zu welcher politischen Farbe? Aber das ist sicherlich etwas, wo wir als Deutschland auch noch besser werden können: die existenten Strukturen auch in der zweiten und dritten Generation, soweit und wenn sie unseren Interessen und Werten folgen, auch zu nutzen, um vor Ort aktiv zu sein.

Wir denken da auch ganz konkret jetzt z. B. an Albanien. Vor einiger Zeit hat der Ministerpräsident mir dargelegt, wie schwierig es vor dem Hintergrund des allgemeinen Fachkräftemangels auch in der albanischen Verwaltung ist – da ist die Situation bei den Beitrittsverhandlungen seit einigen Jahren sozusagen auch eingefroren –, überhaupt die Leute zu rekrutieren, die die Gesetze schreiben, um den Acquis der EU in die Gesetzgebung umzusetzen. Vorausgesetzt, dass die albanische Politik das immer will, haben wir gefragt: Können wir uns nicht etwas überlegen, dass wir gemeinsam Menschen aus der Diaspora ansprechen, für eine Zeit vielleicht dort zu unterstützen? Auch um das Signal zu geben, dass wir bei der konkreten Umsetzung von solchen Herausforderungen die Region nicht alleinlassen.

Da gibt es und gab es auch immer wieder Projekte, die über das BMZ, über das giz, auch über das IRZ finanziert waren. Ich glaube aber, das sind grundsätzlich Bereiche, wo auch die Verwaltungserfahrung aus Baden-Württemberg helfen kann. Sie haben inzwischen sicherlich viele Menschen in Ihrer Verwaltung mit Migrationshintergrund aus der Region oder auch in zweiter oder dritter Generation. Vielleicht wäre das auch etwas, worüber wir noch einmal ins Gespräch kommen können, wenn wir das Projekt weiterentwickelt haben.

Zum Thema Zivilgesellschaft ist schon einiges gesagt worden. Die Zivilgesellschaft in der Region ist meiner Ansicht nach einerseits extrem wichtig. Gleichzeitig ist sowohl ihre Freiheit im politischen Raum in der Region insgesamt eher zurückgegangen, und in Zeiten von Hatespeech ist das natürlich auch für lokales Engagement besonders relevant.

Da hilft es immer, wenn man erstens Aufmerksamkeit schenkt, was zum Teil sogar Schutz bedeuten kann, was aber auch Respekt und Augenhöhe bedeutet, und wenn man zum Teil tatsächlich Menschen, die vielleicht mehr bewegen können als drei Bundesregierungen hintereinander, die vor Ort leben, die aber manchmal einfach jemanden brauchen, der ihnen beisteht, diese Motivation gibt.

Deswegen haben Sie eigentlich – Ich habe den Namen des Redners von der SPD-Fraktion leider nicht verstanden. Die Music School Mostar ist wirklich ein cooles Projekt, wo Jugendliche aus allen ethnischen Kreisen, zum Teil auch von weit her, in Bosnien und Herzegowina zusammen lernen, mit einem meiner Ansicht nach auch sehr glaubwürdigen „Projektleiter“ – in Anführungszeichen. So etwas kann

man natürlich machen. Man kann aber sicherlich auch einfach Gespräche führen, die eigenen Erfahrungen, die politischen Erfahrungen schildern und Aufmerksamkeit geben.

Zum Thema „Green New Deal“: Gazprom ist ein wichtiger Partner für die Gasversorgung, nicht nur in Serbien, aber auch in Serbien. Unser Ziel ist, einerseits deutlicher ein Alignment Serbiens mit der Außenpolitik der EU gerade in der Frage des russischen Angriffskriegs in der Ukraine einzufordern und unseren Dissens hier auch öffentlich sehr deutlich zu machen und gleichzeitig aktiv nicht nur an der Diversifizierung von Quellen, sondern auch der Energieerzeugung und der Energieeinsparung zu arbeiten.

Wir haben ein großes Programm der Energiepartnerschaft mit Serbien, wo die Bundesregierung auch in Serbien hochgeschätzt in erneuerbare Energien, aber auch in strukturelle Veränderungen im Energiesektor und in der Energieeffizienz investiert. Jedes Mal, wenn ich in Serbien bin, merke ich, wie hochgeschätzt das wird, wie groß dort auch das Interesse ist, beim Thema Wasserstoff mit uns zusammenzuarbeiten. Ich denke, dass das genau der Weg ist, den wir gehen müssen, zusammen mit der EU, mit den Mitteln, die sozusagen im Rahmen des Green New Deals auch für die Region bereitgestellt werden, aber auch bilateral. Deutschland hat im Rahmen des Berliner Prozesses im letzten November ein großes Paket präsentiert mit über 2,5 Milliarden € insgesamt an Loans oder Hilfen, um genau in diese Bereiche zu gehen.

Wir sind in Serbien sehr aktiv, und wir wollen das jetzt auf die gesamte Region ausweiten. Es gibt auch wichtige deutsche Investoren, die in Nordmazedonien, im Kosovo, in Serbien, aktiv sind und daran arbeiten. Ich glaube, dass das im wahrsten Sinn des Wortes im gegenseitigen Interesse ist.

Natürlich ist dabei auch ein Ziel, diese Länder in die Voraussetzung zu bringen, nicht mehr so abhängig von direkter russischer Einflussnahme über Preise zu sein. So ist beispielsweise der Kanton Sarajevo der Bereich in Bosnien und Herzegowina, der von Gas abhängig ist. Die großen Plattenbausiedlungen am Rande von Sarajevo aus den Siebzigerjahren sind fernwärmegebunden, beheizt mit Gas.

Ich kann nur sagen, dass es kein Politiker gern hat, wenn im Winter irgendwo die Heizungen nicht laufen. Im letzten Jahr hat der liberale Ministerpräsident von Sarajevo, Edin Forto, einen Vertrag mit Gazprom verlängern müssen. Dafür die Voraussetzung zu setzen, dass die Abhängigkeit von Gazprom als einziger Quelle nicht mehr so groß ist, daran arbeiten wir, daran arbeiten – konkret bei der Frage von Versorgungsleistungen – auch andere Partner, hier beispielsweise Kroatien, auch die EU. Das aber da, wo es geht, gleich auf Grün umzuschalten, ist auch mit unser Ziel. Ich glaube, gerade die Frage Wasserstoff ist auch infolge von jetzt ausgebauten Pipelinekapazitäten vor dem Hintergrund der konkreten Energiekrise eine Zukunftsfrage, die man – gerade auch in Baden-Württemberg – im Auge haben sollte.

Zur Frage der notwendigen Reformen: In allen Bereichen sind Reformen notwendig. Aber nicht zu Unrecht hat die EU die Bereiche Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit, die Kapitel 23 und 24, an den Anfang gestellt. Manchmal vergisst man in der Region, dass das dann direkt auch mit Umwelt- und „Green New Deal“-Themen zusammenhängt. Ich sage immer: Selbst wenn ihr alle Reformen toll eingehalten habt, wenn ihr am Ende nicht auch die Klimaziele der EU und die Energiequoten in der Energieproduktion einhaltet, dann habt ihr auch nicht alle Kriterien erfüllt, um am Ende Mitglied zu werden, vor allem nicht in dem Zeitraum, über den wir da reden, ohne ihn konkret zu nennen. Deswegen verstehe ich sehr wohl die Diskussion über Zwischenschritte, auch aus der Hoffnung auf eine konkretere Ambition, die auch das Vertrauen, dass es eine konkrete Zukunft in der EU gibt, stärken kann.

Ich glaube, dass dabei aber zwei Punkte extrem wichtig sind.

Erstens: Niemals darf der Eindruck aufkommen, dass solche Zwischenschritte ein Substitut für eine Erweiterung sein können. Wenn wir eine Debatte über eine privilegierte Partnerschaft in der Region führen, wird das meiner Ansicht nach in der

Region eine verheerende Folge haben. Sie können darüber diskutieren, wie das in der Türkei lief oder laufen wird. Dafür bin ich nicht zuständig. Ich kann nur sagen: Der Westbalkan liegt mitten in Europa. Es ist klar, dass diese Region, die von der EU umgeben ist, nur eine strategische Zukunft in der EU haben kann, wenn wir sie dauerhaft stabilisieren, sichern und sozusagen in dem Sinne auch reich bevölkert haben wollen, wenn wir wollen, dass die Menschen dort auch bleiben. Dafür ist es meiner Ansicht nach wichtig, konkret zu sagen: Zwischenschritte ja, aber nur, wenn sie nicht ein Substitut zur EU sind, wenn sie abgepasst sind mit dem Reformpfad des Acquis communautaire und nicht auf eine zusätzliche Spaltung der Region in neue Gruppen abzielen. Also: Ja, aber vorsichtig und klug. Das wäre unsere Antwort darauf.

Die EU Begeisterung und der lange Weg: Genau das ist das Problem. Das größte Problem ist, dass der Weg in diesem Jahr schon 20 Jahre lang ist und tatsächlich in vielen Ländern die EU Begeisterung nicht mehr so groß wie früher ist. Gerade Nordmazedonien ist, was die Begeisterung angeht, vielleicht noch an Bord, aber konkret in weiten Teilen sehr enttäuscht. In Serbien haben wir inzwischen Umfragen, die eher eine Mehrheit gegen die EU sehen.

Deswegen müssen wir von uns aus proaktiv, offensiv kommunizieren: „Wir wollen euch dabei haben“, um diesem Argument „Am Ende wird es doch jemanden geben der sagt: Wir wollen euch aber nicht“ entgegenzustellen, dass Deutschland das will, dass die Politik in Deutschland das will in einem großen parteiübergreifenden Konsens, der über die Ampelkoalition auch hinausgreift und der auch vor Zeiten der Ampelkoalition genauso da war. Zum anderen müssen wir auch deutlich machen, dass wir daran konkret arbeiten. Gerade der Berliner Prozess ist dafür gedacht, konkrete Schritte hinzubekommen, die zeigen: Man kann sich einigen. Man kommt voran.

Wir haben am 3. November im letzten Jahr drei Abkommen unterschrieben, drei Mobilitätsabkommen, bei denen alle sechs Ministerpräsidenten oder Regierungen der Region an einem Tisch gesessen haben. Auch die serbische Ministerpräsidentin hat vor einer Flagge des Kosovo diese Abkommen unterschrieben, über Visa-freiheit, also über die Reisemöglichkeit mit ID-Cards, über die Anerkennung von Hochschul- und Berufsabschlüssen. Genau diesen Weg wollen wir entschlossen weitergehen, dass die Kosten, die ökonomische Akteure in der Region haben, weil sie so zerfasert und kleinphasig ist, abgesenkt werden und dass es alltäglich erfahrbar wird, dass die Region in Richtung EU zusammenwächst. Wir wollen für den diesjährigen Berlingipfel in Tirana im Oktober genau diese Agenda weiter vorantreiben, dass der gemeinsame regionale Markt aller sechs vorangetrieben wird und dass dieser Weg gemeinsam in Richtung der EU führt.

Zu der Frage potenzieller Konflikte: Das ist immer so eine Frage, da muss man anpassen. Wenn man jetzt sagt: „Alles ganz schwierig“, dann macht man es vielleicht zu dramatisch. Wenn man sagt: „Ist gar nicht schwierig“, unterschätzt man es. Ich würde sagen: Wir haben im Dezember gesehen, dass die konkrete Angst davor, dass es vielleicht sogar wieder einen Krieg geben könnte – zwischen Kosovo und Serbien in dem Fall –, dafür gesorgt hat, dass beispielsweise Freunde von mir aus Hamburg sagen, sie buchen keinen Urlaub in Kroatien im nächsten Sommer, weil sie Angst vor Krieg haben. Es zeigt sich, welche zerstörerische Wirkung diese Instabilität hat, wenn man das Gefühl hat: Die Region befindet sich nicht mehr auf dem Pfad Richtung EU.

Deshalb würde ich immer sagen: Wir haben keine konkreten Erkenntnisse für eine Gefahrenlage, dass jetzt so etwas zu erwarten sei. Die Anzeichen haben wir nicht. Aber wir sehen auch, wie zerbrechlich die Situation vor Ort ist, wie auch – in Führungszeichen – „kleinere Situationen“, beispielsweise Nord-Mitrovica, sofort eine große Debatte auslösen können, die dann vielleicht auch außer Kontrolle geraten kann. Die Gefährdungslage im Dezember dort war real, und dass die Rhetorik von Herrn Dodik in der Republika Srpska über eine Abspaltung des Teils des Landes auch im letzten Jahr dazu geführt hat, dass besonders viele Menschen Bosnien-Herzegowina verlassen haben, das ist auch real.

Deswegen ist das so ein bisschen – – Ich möchte jetzt nicht vom – in Führungszeichen – „Brandherd Westbalkan“ mit sozusagen – in Führungszeichen – „kolo-

nialen Motiven“ sprechen. Nein, es ist kein Brandherd. Es ist ein Teil Europas mit kompetenten coolen Leuten, die auch friedlich leben wollen und für ihre Kinder etwas erfolgreich aufbauen wollen. Aber es ist gleichzeitig so, dass viele historisch gewachsenen Konflikte auch politisch genutzt werden und auch außer Kontrolle geraten können. Deswegen haben wir unser Sicherheitsengagement in der Region auch im letzten Jahr in Bosnien-Herzegowina ausgebaut und sind beispielsweise auch noch mit einer relevanten Teilhabe am KFOR-Mandat im Kosovo präsent.

Um das aber auch deutlich zu sagen: Wenn dann baden-württembergische familiengeführte Mittelständler in Belgrad oder vielleicht auch in Pristina anrufen und ihre Besorgnis über diese Situation äußern, hat das auch eine große Wirkung. Ich möchte nicht sagen: größer als die Anrufe der Bundesregierung, aber zumindest auch eine sehr große Wirkung, weil gerade der Präsident von Serbien die 80 000 deutschen Jobs sehr stark auf seine politische Agenda schreibt und zu Hause in so einem Spiel mit Deutschland agiert, dass er auch unser nachhaltiges Engagement dort braucht. Dafür braucht er auch den guten Ruf in Deutschland. Das ist bei ihm gerade auch in Baden-Württemberg relevant. Sie unterschätzen, dass er zum Teil auch baden-württembergische Regionalzeitungen liest und uns dann darauf anspricht, was dort über ihn geschrieben wird. Ich glaube, dass es auch ein Asset von Deutschland sein kann, wenn wir vom Team Deutschland sprechen, dass Baden-Württemberg dort mit seinen Firmen so aktiv ist.

Ansonsten kann man fragen: Was machen wir da? Den Berliner Prozess habe ich genannt. In allen konkreten Konfliktsituationen versuchen wir natürlich, zu vermitteln, zu supporten, für Gespräche bereitzustehen, zu Verhandlungslösungen zu kommen. Das ist auch mein täglicher Job. Das ist auch mit vielen Reisen verbunden. Das alles machen wir aber in engster Abstimmung mit der EU, vor allem auch mit den Repräsentanten der EU und insbesondere bei der Frage Kosovo-Serbien mit radikaler Unterstützung vom Sondergesandten Lajcak, mit dem zusammen ja auch der europäische Vorschlag für Kosovo-Serbien ausgearbeitet wurde.

Ich sage dann immer: Miro Lajcak ist der Koch. Wenn er sagt, ich soll Zwiebeln schneiden, dann mache ich das. Aber es gibt da nicht mehrere Köche. Wir bewegen uns da als Mitgliedsstaat der EU im europäischen Konzert, aber mit starker deutscher Flagge. Der Küchenhelfer Deutschland ist natürlich auch ein großer Relevanter, der einiges an der Stelle leisten kann. Wir unterschätzen da auch unseren Einfluss nicht. Wenn wir da nicht align sind in der EU, dann werden wir auch nicht viel erreichen. Immer wenn wir alle an Bord sind, haben wir auch eine Chance, etwas zu erreichen. Das ist meine Erfahrung.

Ansonsten komme ich gern nach Brüssel. Ich werde sicherlich auch irgendwann noch mal in Stuttgart aufschlagen. Ich habe da nämlich ein paar Einladungen von der Diaspora, lieber Staatssekretär, lieber Florian. Das heißt, in absehbarer Zeit werde ich auch mal nach Stuttgart kommen. Es ist ja immerhin aus Hamburg-Harburger Sicht auf der richtigen Elbseite.

Vorsitzender Willi Stächele: Vielen Dank für den Kontakt und den Wunsch nach Fortsetzung. Vielleicht können wir auch einen Kontakt herstellen, wenn Sie in Stuttgart sind. Denn wir wollen am Thema dranbleiben. Es soll keine Eintagsfliege sein. Das ist ganz wichtig.

Übrigens war der Name des Kollegen aus der SPD-Fraktion, der nicht ankam, Cuny. – Herr Joukov hat sich noch gemeldet. Ganz kurz.

Abg. Michael Joukov GRÜNE: Sehr geehrter Herr Sondergesandter, ich habe ja die Freude, den Wahlkreis Ulm zu vertreten. So wie Hamburg das Tor zur Welt ist, ist Ulm in Baden-Württemberg das Tor zur Donau. In diesem Kontext ist natürlich die Kommunalebene ganz aktiv.

Ich möchte aber zwei Fragen weitergeben, die uns im Westbalkan immer wieder gestellt werden.

Erstens: Wie sieht die Strategie aus, um dem Einfluss von China und der Türkei auf den Westbalkan vor allem im wirtschaftlichen Bereich zu begegnen?

Und die zweite Frage: Wie sieht die Strategie aus, damit Menschen aus den Staaten des Westbalkans, die hier eine sehr gute Ausbildung genießen, auch zurückkommen, um ihre Länder weiter aufzubauen und weiter voranzubringen?

Danke schön.

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP: Vielen Dank für die Antworten bisher. Mich würde noch interessieren: Jakov Milatovic wurde ja Anfang April zum Präsidenten von Montenegro gewählt. Seine Partei „Europa Jetzt!“ hat sich sehr proeuropäisch, rechtsstaatlich und marktwirtschaftlich positioniert. Aber er wurde im zweiten Wahlgang auch von der serbischen Minderheit unterstützt und spricht sich da auch für eine enge Zusammenarbeit mit Serbien aus, was in Teilen Deutschlands eine gewisse Besorgnis über eine mögliche Orientierung hin zu Russland geschürt hat.

Welche Erwartung haben Sie an die Präsidentschaft von Milatovic und die weitere Entwicklung Montenegros, insbesondere was die Kopenhagener Kriterien und den möglichen EU Beitritt angeht?

Abg. Emil Sänze AfD: Meine Frage schließt sich an die von Herrn Joukov an. Er hat ja den chinesischen Einfluss auf dem Westbalkan erwähnt, und es würde mich schon interessieren: Es gibt ja auch starke Tendenzen der arabischen Staaten, dort Einfluss zu gewinnen, gerade in Bosnien-Herzegowina. Dazu hätte ich gern eine Beurteilung von Ihnen.

Herr Sarrazin: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Abg. Joukov, lieber Michael, ich hatte ja auch mal eine private Beziehung nach Baden-Württemberg. Tatsächlich haben die Großeltern der Dame an der jungen Donau gelebt und kamen aber gebürtig als Donauschwaben aus der Gegend rund um Belgrad. Da das Dorf Surcin ist, wo der Flughafen von Belgrad liegt, muss ich immer noch daran denken. Tatsächlich ist diese Verbindung meiner Ansicht nach noch wach.

Ich habe neulich im serbischen Fernsehen auch diese Geschichte erzählt, und man merkte tatsächlich – es war jetzt kein linksliberaler Sender, wo ich das vorgebracht habe –, wie wichtig es ist, zu betonen, dass wir wissen, dass das nicht irgendwo das letzte Ende von Europa ist, sondern dass wir eine integrierte Geschichte haben und uns auf Augenhöhe begegnen und kulturelle Verbindungen haben.

Zur Frage China, Türkei, arabische Staaten: All diese Akteure sind auf dem Westbalkan aktiv, natürlich auch Russland, in dem Sinne alle externen Akteure. Man könnte jetzt lange darüber reden, ob die USA in dem Sinne ein externer Akteur sind oder nicht. Ich würde sie erst mal in dieser Betrachtung herauslassen. Das Erste ist: Ich glaube, dass über die Frustration darüber und das Gefühl, dass sich der EU-Beitritt nicht schnell realisieren wird, der Versuch Fuß gefasst hat, zu sagen: Wenn die diesen Hinterhof nicht selbst pflegen, dann ist da vielleicht eine Chance für uns drin.

Ich nehme es so war, dass die chinesische Seite da keineswegs sozusagen blöd ist, sondern genau auf die Landkarte guckt und genau sieht, welche strategische geografische Bedeutung der Westbalkan hat, wenn man mal mit etwas Entfernung auf die Landkarte schaut. Natürlich engagieren die sich auch in anderen Gegenden, nicht nur außerhalb der EU in Europa. Ich habe da auch schon von großen Hafencities in alten EU-Mitgliedsstaaten gehört, in denen die Chinesen seit Jahrzehnten strategisch aktiv sind. Dafür bin ich aber nicht zuständig.

Ich glaube aber, dass wir tatsächlich drei Sachen machen müssen. Erstens müssen wir mit der Region darüber reden, welche Erfahrungen man mit chinesischem Investment machen kann, wie gefährlich das beispielsweise für Montenegro sein kann, welche Abhängigkeiten dort geschürt werden und wie hart chinesische Interessenspolitik am Ende läuft. Ich glaube, darüber können dann Hamburger auch ganz kompetent reden.

Zweitens müssen wir selbst aktiv sein. Wir haben in vielen Bereichen auf dem Westbalkan deutsche Investments, beispielsweise im Bereich Abwassertreatment, also Säuberung, wo in vielen anderen Bereichen der Welt die Chinesen hart drin sind. Auf dem Westbalkan sind wir dann Nummer 1. Es ist extrem wichtig, dass

beispielsweise diese Mittel, das zu finanzieren, auch weiter vorhanden bleiben, dass dort, wo wir mit unseren Kreditlinien, mit unseren bilateralen Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, mit unserem Geld und mit unserem Know-how, vielleicht auch mit unseren vielen Händlern als dritter Teil der Achse, dass wir dort auch drinbleiben und dass das nicht wegfällt und wir damit die Tür für die Chinesen öffnen.

Und drittens müssen wir auch sehen, dass sich meiner Ansicht nach bei gleichen Konditionen alle in der Region immer für Deutschland entscheiden würden, dass wir aber manchmal bei den Chinesen, gerade wenn es darum geht, dass die Konditionen im inoffiziellen Bereich vielleicht andere, also aus ihrer Sicht bessere – aus meiner Sicht schlechtere – sind, nicht mithalten können, und das können wir gegebenenfalls dann auch nicht ändern. Wenn es also darum geht, dass irgendwelche korrupte Interessen mehr raushaben wollen, dann sind uns da manchmal auch einfach die Hände gebunden.

Grundsätzlich glaube ich – wir sind jetzt ja für Stuttgart, ich hoffe ja als St. Pauli Fan, dass Stuttgart, wenn Stuttgart in die Relegation kommt, gegen den HSV gewinnt; das ist jetzt nicht die Meinung der Bundesregierung, aber um es mal so zu sagen –: Auf dem Westbalkan sind wir der klare Favorit auf dem Platz. Natürlich strecken sich die Chinesen, die Türken, die Russen, aber nur wir haben das strategische Angebot, wohin die Menschen wollen und was die übergeordnete Perspektive ist, nämlich die Europäische Union.

Ich habe gelernt, dass in der strategischen Kommunikation der Europäischen Union oft zu wenig über das große Bild geredet wird. Deswegen versuchen wir, das verstärkt zu machen. Bei einem deutschen Unternehmen in Nordmazedonien – familiengeführt, beispielsweise Dräxlmaier – verdient man gutes Geld. Man hat einen sauberen Arbeitsplatz mit guter Luft. Man hat einen Betriebsarzt, eine Betriebskita, und man hat sogar ein Oktoberfest.

Bei der russischen Tankstelle zahlen die Mindestlohn, und die chinesischen Werke werden jetzt auch nicht unbedingt immer nach Arbeitsschutzstandards, wie wir sie in der EU haben, ausgestattet. Daher glaube ich, es ist jedem klar, wer Partner und Freunde sind. Wir müssen natürlich aber versuchen, das Angebot aufrechtzuhalten und offensiv zu machen.

Zu Herrn Milatovic: Man sollte jeden an seinen Taten messen. Ich habe ihn auch schon mehrfach getroffen. Ich glaube, diese Wahl hätte auch so ausgehen können, dass wir uns auf jeden Fall deutlich mehr Sorgen machen. Es ist ganz klar, dass es ein Wahlergebnis war, das eindeutig zu interpretieren ist, nämlich dass eine klare Mehrheit des Landes nicht mehr den Präsidenten Djukanovic haben wollte. Ich glaube, man sollte mit diesem klaren demokratischen Signal des Landes auch so umgehen.

Ich glaube, wir sollten Herrn Milatovic an seinen Taten messen. Gleichzeitig ist es natürlich sehr wichtig, wie die Parlamentswahlen, die jetzt anstehen, ausgehen, wie die neue Regierung zusammengesetzt sein wird, ob die Demokratische Front dort eine Rolle spielen wird oder nicht, und, wenn ja, welche.

Grundsätzlich haben wir in den letzten zwei Jahren in Montenegro vor dem Hintergrund der verschiedenen Regierungskrisen nicht wirklich große Fortschritte – und das ist schon sehr diplomatisch gesagt – im Rahmen der EU-Reformen gesehen. Wir wollen, dass sich das dort jetzt wieder positiv ändert, weil sonst wirklich viel Zeit verloren geht.

Viele in der Region glauben immer, man hat Zeit. Das versteht man ja auch, es ist dort sozusagen ja auch nicht alles schlecht. Aber vor dem Hintergrund dessen, wie sich die Ukraine in Richtung EU aufmacht, können die dann alle mal gucken. Wenn sie noch mal drei Jahre verspielen oder wir gemeinsam sie nicht dazu bekommen, dass man ordentlich vorankommt, dann sehen wir plötzlich vielleicht eine ganz andere Situation in der Region, weil die Menschen weggehen und weil andere zeigen, dass sie richtig wollen.

Da kann Europa jetzt ein Partner sein. Aber das werden wir sehen. Unser Angebot für „Europa Jetzt!“ steht, wir wollen mit euch zusammen genau diese Agenda vorantreiben.

Vorsitzender Willi Stächele: Ich bedanke mich. Wir setzen den Dialog fort. Es ist ganz wichtig, unsere Arbeit begleiten bzw. inspirieren zu lassen. Normalerweise sind die Gäste bei uns vor Ort und bekommen dann ein Geschenk. Das ist jetzt nicht möglich. Ich habe aber etwas ganz Besonderes für Sie: Ich lade Sie zur Stallwächterparty des Landes Baden-Württemberg ein. – Herr Staatssekretär, können wir das machen? Okay.

(Heiterkeit)

Alles Gute und vielen Dank, dass Sie für dieses Gespräch verfügbar waren.

Herr Sarrazin: Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Willi Stächele: Der Antrag geht jetzt ohne Aussprache in einer Sammeldrucksache ins Plenum. Sollten wir das nicht mal im Plenum zur Sprache bringen?

(Der Ausschuss signalisiert seine Zustimmung.)

Also beantragen wir im Präsidium, dass der Antrag im Plenum behandelt wird. Das Thema muss es wert sein.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Entschuldigung, Herr Vorsitzender. Ich glaube, der Dank kam ein bisschen dünn rüber. Der größte Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an die parlamentarischen Berater, die mit diesem Antrag sehr gute Vorarbeit geleistet haben. Das wollte ich einfach bei dieser Gelegenheit gesagt haben. Es sind, denke ich, wirklich alle Punkte enthalten, die wichtig sind. Insofern verdient es der Antrag auch, in einer Plenarsitzung behandelt zu werden.

(Beifall)

Vorsitzender Willi Stächele: Ich halte fest, wir beantragen im Präsidium, dass im Plenum darüber eine kurze Debatte geführt wird.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I des Antrags. Wer stimmt Abschnitt I zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt I ist einstimmig zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Abschnitt II des Antrags. Wer stimmt Abschnitt II zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II ist ebenfalls einstimmig zugestimmt.

8.11.2023

Frey